



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit insgesamt 41 Partnerstaaten ab 2018/2019 [62]

1. Kantone [24]

- Kanton Zürich (2)
- Kanton Bern (2)
- Kanton Luzern (2)
- Kanton Uri
- Kanton Schwyz
- Kanton Obwalden
- Kanton Nidwalden (2)
- Kanton Glarus (2)
- Kanton Zug (2)
- Canton de Fribourg (2)
- Kanton Solothurn
- Kanton Basel-Stadt (2)
- Kanton Basel-Landschaft (2)
- Kanton Schaffhausen (2)
- Kanton Appenzell Ausserrhoden (2)
- Kanton Appenzell Innerrhoden (2)
- Kanton St. Gallen
- Kanton Aargau (2)
- Kanton Thurgau (2)
- Cantone Ticino
- Canton de Vaud (2)
- Canton du Valais (2)
- Canton de Neuchâtel (2)
- Canton de Genève (2)
- Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

(2) bedeutet, dass diese/r Vernehmlassungsteilnehmer/in zu beiden Vernehmlassungsverfahren („Einführung des AIA mit einer weiteren Staaten und Territorien ab 2018/2019“ vom 1. Dezember 2016 bis 15. März 2017 und „Einführung des AIA mit Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019“ vom 2. Februar 2017 bis 13. April 2017) jeweils eine separate Stellungnahme eingereicht hat, also insgesamt zwei.



Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

15. Februar 2017 (RRB Nr. 149/2017)

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2016, mit dem Sie uns die Entwürfe der 21 Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika sind Mitgliedstaaten der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Chile, Israel und Neuseeland sind Mitgliedstaaten der OECD. Diese Staaten sind wichtige politische und wirtschaftliche Partner der Schweiz und entsprechen dem Profil der Staaten, mit denen der Bundesrat den AIA einführen will. Sie erfüllen gemäss dem erläuternden Bericht die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit und bieten ihren Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten. Die ausgehandelten und teilweise bereits unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen mit diesen Staaten enthalten sodann die Absichtserklärung, im Hinblick auf den Marktzugang im Finanzsektor vertieft zusammenzuarbeiten bzw. die bestehende Zusammenarbeit im Finanzbereich zu intensivieren. In der gemeinsamen Erklärung mit Neuseeland ist keine entsprechende Absichtserklärung enthalten, da der neuseeländische Markt für grenzüberschreitende Tätigkeiten im Finanzbereich von geringer Bedeutung ist. Zusammenfassend erfüllen diese Staaten somit die Kriterien, die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten festgelegt hat.

Andorra, Monaco, San Marino, die Färöer Inseln und Grönland sind nicht Teil der EU. Der Bundesrat will den AIA mit diesen Staaten bzw. Territorien einführen und damit das Netz von AIA-Partnerstaaten innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums ausdehnen. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes im gesamteuropäischen Verhältnis gestärkt. Andorra, Monaco, San Marino, die Färöer Inseln und Grönland erfüllen gemäss dem erläuternden Bericht die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit. Da der örtliche Markt dieser Staaten und Territorien

für grenzüberschreitende Tätigkeiten im Finanzbereich von untergeordneter Bedeutung ist, enthält die gemeinsame Erklärung keine Absichtserklärung zum Marktzugang im Finanzsektor. Monaco und San Marino verfügen über eine Regularisierungsmöglichkeit für ihre Steuerpflichtigen und erfüllen damit die vom Bundesrat definierten Kriterien an die Einführung des AIA. Die Färöer Inseln, Grönland und Andorra sehen derzeit keine Regularisierungsmöglichkeit vor, wobei Andorra dabei ist, eine solche auszuarbeiten. Solange keine Regularisierungsmöglichkeit besteht, ist mit der gegenseitig wirksamen Einführung des AIA mit diesen Staaten zuzuwarten.

Barbados, Bermuda, die Britischen Jungferninseln, die Cayman Inseln, Mauritius, die Seychellen, die Turks und Caicos Inseln und Uruguay sind bedeutende Finanzplätze. Durch die Einführung des AIA mit diesen Staaten und Territorien soll die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden. Da der Finanzsektor keine Anliegen zum Marktzugang geäußert hat, wurden keine Absichtserklärungen zum Marktzugang in die gemeinsamen Erklärungen aufgenommen. Mauritius und Uruguay erfüllen die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit in Steuersachen sowie die Regularisierungsmöglichkeit. Bermuda, die Cayman Inseln, die Turks und Caicos und die Britischen Jungferninseln erheben keine Einkommens-, Gewinn-, Vermögens- und Kapitalsteuern. Aufgrund dessen verzichten sie auf die Reziprozität des AIA. Die Schweiz erhält somit Informationen über Finanzkonten, muss ihrerseits aber keine liefern. Aufgrund dessen erfüllen diese Staaten und Territorien die vom Bundesrat definierten Kriterien an die Einführung des AIA. In Barbados sind die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht gewährleistet. Die Seychellen erfüllen die Anforderungen an die Vertraulichkeit, haben derzeit aber noch keinen angemessenen Datenschutz, da das Parlament den Gesetzesentwurf noch nicht verabschiedet hat. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist mit der Einführung eines gegenseitig wirksamen AIA mit Barbados und den Seychellen zuzuwarten.

Zusammenfassend stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Chile, Israel, Neuseeland, Monaco, San Marino, Mauritius, Uruguay, Bermuda, den Cayman Inseln, den Turks und Caicos und den Britischen Jungferninseln zu. Die Färöer Inseln, Grönland und Andorra, Barbados und die Seychellen erfüllen noch nicht sämtliche Kriterien, die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten festgelegt hat. Mit diesen Staaten und Territorien ist deshalb mit der Einführung eines gegenseitig wirksamen AIA noch zuzuwarten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:





Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

29. März 2017 (RRB Nr. 301/2017)

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2017, mit dem Sie uns die Entwürfe der 20 Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

China, Indonesien, Russland und Saudi-Arabien sind Mitgliedstaaten der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Diese Staaten sind wichtige politische und wirtschaftliche Partner der Schweiz und entsprechen dem Profil der Staaten, mit denen der Bundesrat den AIA einführen will. Sie erfüllen allerdings noch nicht sämtliche Kriterien (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten sowie Verbesserung des Marktzugangs für Finanzdienstleistungen), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat. In China, Russland und Saudi-Arabien ist die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft. China bietet seinen Steuerpflichtigen noch keine hinlängliche Regularisierungsmöglichkeit. Indonesien erfüllt die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht. Solange nicht sämtliche Kriterien erfüllt werden, ist mit der gegenseitig wirksamen Einführung des AIA mit diesen Staaten zuzuwarten.

Der Bundesrat möchte den AIA zudem mit dem Fürstentum Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einführen. Das Fürstentum Liechtenstein bildet einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum mit der Schweiz. Kolumbien und Malaysia sind wirtschaftlich aufstrebende Schwellenländer und die VAE sind derzeit der wichtigste Handelspartner der Schweiz im Nahen Osten. Das Fürstentum Liechtenstein, Kolumbien und Malaysia erfüllen sämtliche Kriterien des Bundesrates zur Einführung des AIA. Da die VAE keine Einkommens-, Gewinn- und Vermögenssteuern erheben, verzichten

sie auf die Reziprozität des AIA. Die Schweiz erhält somit Informationen über Finanzkonten, muss ihrerseits aber keine liefern. Aufgrund dessen liegt die Einführung des AIA mit den VAE im Interesse der Schweiz, obwohl die VAE noch nicht über die innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung verfügen.

Weiter möchte der Bundesrat den AIA mit den bedeutenden Finanzplätzen Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und den Grenadinen, den Cookinseln und den Marshallinseln einführen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes stärken. Die Einführung des AIA mit diesen Staaten und Territorien liegt im Interesse der Schweiz. Aufgrund dessen stimmen wir der Einführung des AIA zu, obwohl diese Staaten und Territorien noch nicht sämtliche der vom Bundesrat festgelegten Kriterien erfüllen.

Zusätzlich zu den genannten Kriterien ist der verbesserte Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleister im Rahmen der AIA-Gespräche mit China, Russland, Saudi-Arabien und den VAE zu thematisieren und eine verstärkte Zusammenarbeit im Finanzbereich anzustreben. Für die übrigen Staaten und Territorien hat der Finanzsektor gemäss dem erläuternden Bericht keine entsprechenden Anliegen zum Marktzugang geäussert.

Zusammenfassend stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit dem Fürstentum Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia, den VAE, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und den Grenadinen, den Cookinseln und den Marshallinseln zu. Mit China, Indonesien, Russland und Saudi-Arabien ist mit der Einführung eines gegenseitig wirksamen AIA noch zuzuwarten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Der Staatsschreiber:

Von: Simon Beatrice, FIN-GS [<mailto:beatrice.simon@fin.be.ch>]

Gesendet: Montag, 5. Dezember 2016 16:22

An: _SIF-Vernehmlassungen <Vernehmlassungen@sif.admin.ch>

Betreff: VNL-Bund - Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat, lieber Ueli
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt ([RRB 316/2015](#)).

Damit der AIA mit einem bestimmten Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er jeweils bilateral vereinbart werden, was vorliegend mit einer weiteren Serie von Staaten angedacht ist. Bei dieser Umsetzung mit einigen von vielen noch folgenden Ländern besteht kein massgeblicher politischer Handlungsspielraum mehr. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Kanton Bern auf eine formelle Stellungnahme und dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Beatrice Simon
Finanzdirektorin des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern
Tel. +41 (0)31 633 43 04
Fax +41 (0)31 633 53 99
beatrice.simon@fin.be.ch
www.fin.be.ch

Von: Simon Beatrice, FIN-GS [<mailto:beatrice.simon@fin.be.ch>]

Gesendet: Dienstag, 21. Februar 2017 11:04

An: _SIF-Vernehmlassungen <Vernehmlassungen@sif.admin.ch>

Betreff: WG: VNL-Bund - Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat, lieber Ueli
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt ([RRB 316/2015](#)).

Damit der AIA mit einem bestimmten Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er jeweils bilateral vereinbart werden, wie vorliegend mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung. Bei dieser Umsetzung besteht kein massgeblicher politischer Handlungsspielraum mehr. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Kanton Bern auf eine formelle Stellungnahme und dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Beatrice Simon

Finanzdirektorin

Telefon [+41 31 633 43 04](tel:+41316334304) (direkt), beatrice.simon@fin.be.ch

Finanzdirektion des Kantons Bern

Münsterplatz 12, 3011 Bern

Telefon [+41 31 633 44 66](tel:+41316334466), info.fin@fin.be.ch, www.fin.be.ch

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement

per E-Mail an (Word- und PDF-Version:
vernehmlassungen@sif.admin.ch)

Luzern, 14. Februar 2017

Protokoll-Nr.: 191

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

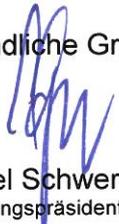
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 grundsätzlich einverstanden ist. Der Regierungsrat steht aber der Einführung des AIA mit Staaten, welche das Eigentum ihrer Bürgerinnen und Bürger willkürlich und ohne rechtsstaatlichen Schutz konfiszieren, kritisch gegenüber.

Ich danke für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Marcel Schwerzmann
Regierungspräsident



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD

per E-Mail an (Word- und PDF-Version):
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 4. April 2017

Protokoll-Nr.: 367

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019; zusätzliches Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit der Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 grundsätzlich einverstanden ist.

Dem Regierungsrat ist es aber ein wichtiges Anliegen, dass bei der Umsetzung der Vereinbarungen mit den genannten Staaten die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung schweizerischer Standards (z. B. Datenschutz, Eigentumsgarantien) eingefordert wird. Sollten Unregelmässigkeiten auftreten, ist für uns selbstverständlich, dass gegebenenfalls Sanktionen (z. B. Aussetzung einer Vereinbarung) ergriffen werden müssten.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marcel Schwerzmann
Regierungspräsident

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Altdorf, 14. Dezember 2016

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 eingeladen. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danke wir Ihnen.

Der Regierungsrat hat am 14. März 2016 beschlossen, auf Stellungnahmen zur Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten zu verzichten, soweit die bilateral aktivierten Abkommen dem globalen Standard entsprechen. Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Finanzdirektion



Janett Urs, Finanzdirektor

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Kantonsregierungen am 2. Februar 2017 eingeladen, bis am 13. April 2017 zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 Stellung zu nehmen.

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 332 vom 12. April 2016 wurde das Finanzdepartement ermächtigt, sich bei Vernehmlassungen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Ländern direkt für den Kanton Schwyz zu vernehmlassen.

Die Vorlage hat keine Auswirkung für den Kanton Schwyz. Im Namen des Regierungsrates teilen wir Ihnen mit, dass der Kanton Schwyz hierzu auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse
Stefanie Nideröst

Finanzdepartement des Kantons Schwyz
Departementssekretariat
Bahnhofstrasse 15
Postfach 1230
6431 Schwyz

Telefon: +41 41 819 24 95
Telefax: +41 41 819 23 09
E-Mail: fd@sz.ch
Internet: www.sz.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

per Mail:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 16. Februar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Stellungnahme des Finanzdepartements Obwalden

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihre Briefe vom 1. Dezember 2016 und 2. Februar 2017, womit Sie die Vernehmlassungen zur Einführung des AIA mit weiteren Staaten und Territorien eröffneten. Mittels eines spezifischen Bundesbeschlusses soll der AIA mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 aktiviert werden: "Damit kann der AIA mit einem Grossteil der G20- und OECD-Staaten, weiteren europäischen Staaten mit einem Bezug zur EU sowie diversen Finanzplätzen umgesetzt werden, was dazu beitragen wird, die Position der Schweiz auf internationaler Ebene zu stärken und ein globales Level Playing Field zu schaffen." Das Finanzdepartement des Kantons Obwalden nimmt dazu wie folgt Stellung.

Grundsätzlich wird der Einführung des AIA mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 zugestimmt.

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden stimmte den Entwürfen für die vom Bundesrat am 8. Oktober 2014 verabschiedeten Mandate für Verhandlungen über die Aufnahme des AIA zu. Auch bei der vorliegenden Serie zur Einführung des AIA ist festzustellen, dass die Regelungen zur Regularisierung der Vergangenheit für die Steuerpflichtigen unterschiedlich günstig sind und die Perspektiven für den Marktzutritt für Finanzdienstleister auf die Absicht zu künftigen Dialogen mit den relevanten Partnern beschränkt sind.

Die Umsetzung des AIA mit wichtigen sektoriellen oder regionalen Finanzplätzen leuchtet ein, zumal sie teilweise zugunsten der Schweiz nicht reziprok sein wird.

Es ist für uns nicht überprüfbar, ob das Global Forum, die amerikanische Steuerbehörde (IRS), die EU-Kommission und/oder das EFD die Vertraulichkeit und Datensicherheit in den Staaten und Territorien, welche aus der Schweiz Informationen erhalten werden, mit den gleich strengen Massstäben geprüft haben, welche bei der Prüfung der Schweiz angelegt worden waren. Wir müssen darauf vertrauen, dass das Level Playing Field diesbezüglich eingehalten wird. Dies ist umso wichtiger, als die der Schweiz auferlegten Massstäbe dazu führten, dass die erhaltenen Informationen in Abweichung von Art. 21 Abs. 1 AIAG den kantonalen Steuerbehörden nicht weitergeleitet werden, sondern lediglich im Abrufverfahren zugänglich gemacht werden (Art. 32 Abs. 3 AIAV). Das erhöht die Aufwände der kantonalen Steuerbehörden zusätzlich und mindert den Nutzen des AIA für die Schweiz erheblich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unseres Anliegen.

Freundliche Grüsse



Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin

Kopie an:
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 14. März 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2016 an die Kantonsregierungen, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten ab 2018/2019 ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Nidwalden hat bereits mit Schreiben vom 31. März 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch von Finanzkonten (AIA-Vereinbarung), welche die internationale Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch bildet, in zustimmendem Sinne Stellung genommen und insbesondere auch mit Schreiben vom 25. Februar 2016 dem entsprechenden Austausch mit einer ersten Serie von Staaten bereits zugestimmt.

Mit Datum vom 27. Januar 2017 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) eine eigene Stellungnahme zu dieser nun vorliegenden weiteren Serie von Staaten (u.a. Bermuda, Britische Jungferninseln [BVI] und Cayman Inseln, welche auch für die Schweiz bedeutende Finanzplätze sind) verfasst und der Vorlage grundsätzlich zugestimmt. Wir schliessen uns dieser Stellungnahme an und stimmen der Vorlage ebenfalls zu. Allerdings wird auch unsererseits erwartet, dass – wie das bereits die FDK moniert hat – der automatische Informationsaustausch möglichst rasch auch mit Liechtenstein (ebenfalls ein für die Schweiz bedeutender Finanzplatz) eingeführt wird und die betreffenden Staaten die Vertraulichkeit der gelieferten Daten ebenso gewährleisten wie die Schweiz.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES LANDAMMANN UND REGIERUNGSRATES



Ueli Amstad
Regierungsrätin



lic.iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 11. April 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2017 an die Kantonsregierungen, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Nidwalden hat bereits mit Schreiben vom 31. März 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch von Finanzkonten (AIA-Vereinbarung), welche die internationale Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch bildet, in zustimmendem Sinne Stellung genommen und insbesondere auch bereits mit Schreiben vom 25. Februar 2016 dem entsprechenden Austausch mit einer ersten Serie und mit Schreiben vom 14. März 2017 mit einer weiteren Serie von Staaten zugestimmt. Die vorliegende Serie von zusätzlichen Staaten erfolgt als Ergänzung zur letzten Serie und betrifft weitere wichtige Wirtschafts- und Handelspartner der Schweiz (wie China, Russland, Saudi-Arabien, Liechtenstein und die Vereinigten Arabischen Emirate) sowie weitere für die Schweiz bedeutende Finanzplätze (wie die Cook- und Marshallinseln). Wir stimmen daher dem Informationsaustausch auch mit dieser ergänzenden Serie von Staaten zu. Allerdings sollen die betreffenden Staaten die Vertraulichkeit der gelieferten Daten ebenso gewährleisten wie die Schweiz.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Ueli Amstad
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- vernehmlassungen@estv.admin.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Glarus, 7. Februar 2017
Unsere Ref: 2016-218

**Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019**

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien einverstanden sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Rolf Widmer
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): vernehmlassungen@sif.admin.ch

versandt am: **08. Feb. 2017**



An das
Eidgenössische Finanzdepartement
3003 Bern

E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Glarus, 21. Februar 2017
Unsere Ref: 2017-18

**Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab
2018/2019**

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien einverstanden sind.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

Rolf Widmer
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): vernehmlassungen@sif.admin.ch

versandt am: **22. Feb. 2017**

Finanzdirektion, Postfach 1547, 6301 Zug

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt 041 728 36 01
heinz.taennler@zg.ch
Zug, 7. März 2017 weit
FD FDS 6 / 119 / 90142

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/19; Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 1. Dezember 2016 eröffnete Vernehmlassungsverfahren in oben erwähnter Sache und bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 6. Dezember 2016 die Finanzdirektion mit der direkten Beantwortung der Vernehmlassung beauftragt. Zur Vorlage äussern wir uns wie folgt:

Antrag:

Der automatische Informationsaustausch mit den in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten 21 Staaten und Territorien sei einzuführen.

Begründung:

Der Regierungsrat des Kantons Zug hat in den letzten Monaten schon verschiedentlich Stellung genommen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten und zur Aktivierung dieses Austauschs mit ausgewählten Staaten. Er hat die entsprechenden gesetzlichen Vorarbeiten des Bundesrats im Grundsatz stets unterstützt und in früheren Stellungnahmen Anliegen – etwa zum Datenschutz und zu technischen Fragen des elektronischen Austausches mit den Kantonen – eingebracht, welche seither aufgenommen und nach Möglichkeit umgesetzt wurden. Angesichts der sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen ist es für die Schweizer Finanzinstitute, aber auch für die Schweiz als Wirtschaftsstandort, von grosser Bedeutung, sich rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen auszurichten und Rechts- und Planungssicherheit anbieten zu können.

Nachdem der Grundsatzentscheid zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten bereits getroffen wurde, erscheint es nun nur konsequent, ihn schrittweise auch auf weitere Staaten auszudehnen, mit denen die Schweiz enge wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhält und welche die notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich Vertraulichkeit und Datensicherheit erfüllen. Im Falle der nun zur Aktivierung vorgesehenen 21 Staaten und Territorien sind die genannten Kriterien über das Ganze gesehen erfüllt. Es sind keine Gründe ersichtlich, welche gegen die Aktivierung des Informationsaustauschs mit diesen Staaten und Territorien sprechen würden. Auch die Finanzdirektorenkonferenz hat mit Schreiben vom 27. Januar 2017 bereits Zustimmung signalisiert.

In diesem Sinne unterstützt der Kanton Zug, mit vorliegendem Schreiben vertreten durch die Finanzdirektion, die Einführung des Informationsaustauschs mit den in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten 21 Staaten und Territorien.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdirektion



Heinz Tännler
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch (als pdf- und Word-Datei)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Staatskanzlei (Geschäftskontrolle)
- Steuerverwaltung

Finanzdirektion, Postfach 1547, 6301 Zug

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt 041 728 36 01
heinz.taennler@zg.ch
Zug, 3. April 2017
FD FDS 6 / 124 / 90829

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/19; Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 2. Februar 2017 eröffnete Vernehmlassungsverfahren in oben erwähnter Sache und bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 21. Februar 2017 die Finanzdirektion mit der direkten Beantwortung der Vernehmlassung beauftragt. Zur Vorlage äussern wir uns wie folgt:

Antrag:

Der automatische Informationsaustausch mit den in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten 20 Staaten und Territorien sei einzuführen.

Begründung:

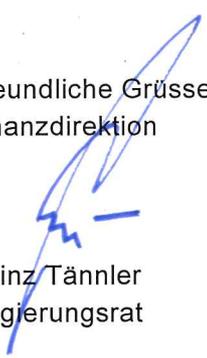
Der Regierungsrat des Kantons Zug hat in den letzten Monaten schon verschiedentlich Stellung genommen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten und zur Aktivierung dieses Austauschs mit ausgewählten Staaten. Er hat die entsprechenden gesetzlichen Vorarbeiten des Bundesrats im Grundsatz stets unterstützt und in früheren Stellungnahmen Anliegen – etwa zum Datenschutz und zu technischen Fragen des elektronischen Austausches mit den Kantonen – eingebracht, welche seither aufgenommen und nach Möglichkeit umgesetzt wurden. Angesichts der sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen ist es für die Schweizer Finanzinstitute, aber auch für die Schweiz als Wirtschaftsstandort, von grosser Bedeutung, sich rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen auszurichten und Rechts- und Planungssicherheit anbieten zu können.

Nachdem der Grundsatzentscheid zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten bereits getroffen wurde, erscheint es nun nur konsequent, ihn schrittweise auch auf weitere Staaten auszudehnen, mit denen die Schweiz enge wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhält und welche die notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich Vertraulichkeit und Datensicherheit erfüllen. Im Falle der nun zur Aktivierung vorgesehenen 20 Staaten und Territorien sind die genannten Kriterien über das Ganze gesehen erfüllt, auch wenn bei einzelnen der 20 vorgeschlagenen Staaten und Territorien ein gewisses Unbehagen hinsichtlich Gleichwertigkeit der Datenschutz-Praxis in den Empfängerstaaten von Meldungen bestehen mag. Es ist am Bund, die Qualität der Datenschutz-Praxis pro Land zu prüfen und im Einzelfall über die Chancen und Risiken sowie über die Aktivierung des AIA zu befinden.

In diesem Sinne unterstützt der Kanton Zug, mit vorliegendem Schreiben vertreten durch die Finanzdirektion, die Einführung des Informationsaustauschs mit den in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten 20 Staaten und Territorien.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdirektion



Heinz Tännler
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch (als pdf- und Word-Datei)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Staatskanzlei (Geschäftskontrolle)
- Steuerverwaltung



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral des finances
Secrétariat général
3003 Berne

Envoi par courriel, à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 31 janvier 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'Etats et de territoires à partir de 2018/2019
Réponse à la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à votre courrier du 1^{er} décembre 2016 concernant l'objet noté en titre et vous en remercions.

Le canton de Fribourg n'a pas de remarque particulière à formuler à l'égard des projets d'arrêtés fédéraux actuellement mis en consultation. Les projets relatifs à la convention multilatérale concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale et aux textes normatifs précités ont en effet été approuvés en décembre 2015 par l'Assemblée fédérale. Il convient maintenant de poursuivre les travaux nécessaires à l'introduction de l'échange automatique de renseignements.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Maurice Ropraz
Président



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral des finances
Secrétariat général
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par PDF et sous format Word à :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 14 février 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec des Etats et territoires supplémentaires de l'accord EAR à partir de 2018/2019

Réponse à la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à votre courrier du 2 février 2017 concernant l'objet noté en titre et vous en remercions.

Le canton de Fribourg ne s'oppose pas aux projets d'arrêtés fédéraux mis en consultation ; il reprend néanmoins à son compte la réserve formulée par la Conférence des Directrices et Directeurs cantonaux des finances, dans sa détermination du 27 janvier 2017, selon laquelle « rien ne nous permet de vérifier que les contrôles par le Forum mondial, par l'autorité fiscale américaine (IRS), par la Commission européenne et par le DFF seront aussi rigoureux concernant la confidentialité et la sécurité des données dans les Etats et les territoires qui recevront des informations de la Suisse que ceux qui avaient été appliqués lors de l'examen de la Suisse. Il ne reste qu'à espérer que les engagements pris en faveur de conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale seront respectés. Ceci est d'autant plus important que les règles imposées à la Suisse ont eu pour conséquence que les informations reçues ne sont pas transmises aux autorités fiscales cantonales – par dérogation à l'art. 21 al. 1 LEAR -, sauf par procédure d'appel (art. 32 al. 3 OAR), ce qui accroît encore la charge de travail des autorités cantonales et minimise considérablement les avantages de l'EAR pour la Suisse ».

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :



Maurice Ropraz
Président



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Finanzdepartement

Departementssekretariat

Rathaus, Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
Telefax 032 627 22 70
finanzdepartement@fd.so.ch
www.so.ch

Roland Heim

Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bernertshof
3003 Bern

5. April 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 und 2. Februar 2017 haben Sie die Vernehmlassung über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 eröffnet.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir uns der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 27. Januar 2017 anschliessen und keine weiteren Bemerkungen anzubringen haben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und

grüssen Sie freundlich

sig.
Roland Heim
Regierungsrat



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat
für internationale Finanzfragen
Abteilung Steuern
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 1. Februar 2017

Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019
Vernehmlassungsverfahren
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Herr Bundesrat Ueli Maurer, den Kantonsregierungen mit Frist bis 15. März 2017 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer Serie von Staaten vernehmen zu lassen.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens. Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 zustimmt. Die Einführung des AIA-Standards mit diesen Ländern ist die konsequente Folge der Teilnahme der Schweiz am Amtshilfeübereinkommen der OECD und des Europarats und am Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA).

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt


Dr. Guy Morin
Präsident


Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat
für internationale Finanzfragen
Abteilung Steuern
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 29. März 2017

Regierungsratsbeschluss vom 28. März 2017

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Herr Bundesrat Ueli Maurer, den Kantonsregierungen mit Frist bis 13. April 2017 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien vernehmen zu lassen.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens. Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien ab 2018/2019 zustimmt. Die Einführung des AIA-Standards mit diesen Ländern ist die konsequente Folge der Teilnahme der Schweiz am Amtshilfeübereinkommen der OECD und des Europarats und am Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA).

Der Regierungsrat Basel-Stadt betont die Bedeutung einer sorgfältigen Umsetzung der Bestimmungen zum Schutz der Vertraulichkeit, Datensicherheit sowie der Menschenrechtsstandards im

Rahmen des automatischen Informationsaustausches.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Liestal, 31. Januar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 ersuchen Sie uns, im Rahmen einer Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Genehmigung der entsprechenden Bundesbeschlüsse unsere Stellungnahme abzugeben, was wir hiermit gerne wahrnehmen.

Die mit den jeweiligen Bundesbeschlüssen vorgesehene bilaterale Aktivierung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit den aufgeführten weiteren Staaten bzw. Territorien entsprechen der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem wie bisher zustimmen.

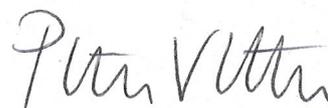
Wir stimmen hiermit auch allen inskünftigen Bundesbeschlüssen zu, welche die gleiche Thematik beinhalten, nämlich die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit anderen Partnerstaaten. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft verweist in diesem Zusammenhang auf die bereits abgegebene und einlässliche Stellungnahme vom 14. April 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir aber durchgehend fest.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Peter Vetter
Landschreiber

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Liestal, 28. März 2017

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 ersuchen Sie uns, im Rahmen einer Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Genehmigung der entsprechenden Bundesbeschlüsse unsere Stellungnahme abzugeben, was wir hiermit gerne wahrnehmen.

Die mit den jeweiligen Bundesbeschlüssen vorgesehene bilaterale Aktivierung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit den aufgeführten zusätzlichen Staaten bzw. Territorien entsprechen der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem wie bisher zustimmen.

Wir stimmen hiermit auch allen inskünftigen Bundesbeschlüssen zu, welche die gleiche Thematik beinhalten, nämlich die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit anderen Partnerstaaten. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft verweist in diesem Zusammenhang auf die bereits abgegebene und einlässliche Stellungnahme vom 14. April 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir aber durchgehend fest.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Peter Vetter
Landschreiber

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement
J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
F +41 52 632 77 09
rosmarie.widmer@ktsh.ch



Finanzdepartement

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernerhof
3003 Bern

Per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 13. März 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 haben Sie uns eingeladen, zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 Stellung zu nehmen. Hierfür danken wir Ihnen.

Wir teilen die Auffassung des Bundesrats, wonach die Aufnahme des AIA mit den vorgeschlagenen G-20 und OECD-Staaten dem Profil der Staaten entspricht, welches in den Verhandlungsmandaten skizziert worden ist. Auch der Umsetzung des AIA mit wichtigen sektoriellen oder regionalen Finanzplätzen kann zugestimmt werden, zumal sie teilweise zugunsten der Schweiz nicht reziprok sind und somit Kontoinformationen liefern müssen, jedoch von der Schweiz solange keine erhalten, bis sie ein standardkonformes Vertraulichkeits- und Datensicherheitsniveau erreicht haben.

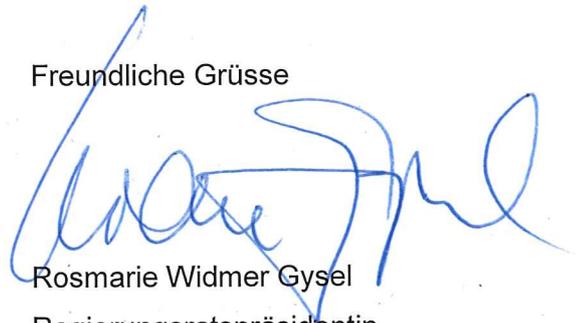
Bisher fehlte in dem vorgesehenen Netz von AIA-Partnern das Fürstentum Liechtenstein, was angesichts der engen Beziehungen und der Nähe des Fürstentums Liechtenstein zur Schweiz eine bedeutende Lücke darstellte. Wie der neuen Vernehmlassungsvorlage vom 2. Februar 2017 zur Einführung des AIA über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien ab

2018/2019 zu entnehmen ist, zu welcher wir separat Stellung nehmen werden, ist dort nun ein AIA mit Liechtenstein vorgesehen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Wir weisen des Weiteren darauf hin, dass es für die Kantone nicht überprüfbar ist, ob das Global Forum, die amerikanische Steuerbehörde (IRS), die EU-Kommission und/oder das EFD die Vertraulichkeit und Datensicherheit in den Staaten und Territorien, welche Informationen aus der Schweiz erhalten, mit den gleich strengen Massstäben geprüft haben, die bei der Prüfung der Schweiz angelegt worden waren. Die Kantone müssen darauf vertrauen können, dass das Level Playing Field diesbezüglich eingehalten wird. Dies ist umso bedeutender, als die der Schweiz auferlegten Massstäbe dazu führen, dass die erhaltenen Informationen in Abweichung von Art. 21 Abs. 1 AIAG den kantonalen Steuerbehörden nicht weitergeleitet werden dürfen, sondern lediglich im Abrufverfahren zugänglich gemacht werden (Art. 32 Abs. 3 AIAV). Dies führt bedauerlicherweise zu einem erheblich höheren Aufwand bei den kantonalen Steuerbehörden und mindert den Nutzen des AIA für die Schweiz erheblich.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir bestens.

Freundliche Grüsse



Rosmarie Widmer Gysel
Regierungsratspräsidentin

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement
J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
F +41 52 632 77 09
rosmarie.widmer@ktsh.ch



Finanzdepartement

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernerhof
3003 Bern

Per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 12. April 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie uns eingeladen, zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit zusätzlichen 20 Staaten und Territorien ab 2018/2019 Stellung zu nehmen. Hierfür danken wir Ihnen.

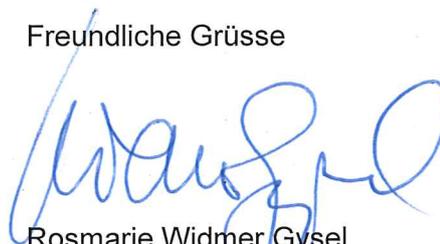
Der Umsetzung des AIA mit den zusätzlichen Staaten und Territorien kann aus unserer Sicht zugestimmt werden, zumal die Umsetzung teilweise zugunsten der Schweiz nicht reziprok ist und die betreffenden Staaten und Territorien der Schweiz somit Kontoinformationen liefern müssen, jedoch von der Schweiz so lange keine Daten erhalten, bis sie ein Vertraulichkeits- und Datensicherheitsniveau erreichen, das standardkonform ist.

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 13. März 2017 zur Einführung des AIA über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von 21 Staaten und Territorien ab 2018/2019 ausgeführt, begrüßen wir insbesondere den AIA mit Liechtenstein. Zudem regen wir in diesem Zusammenhang an, dafür zu sorgen, dass die Schweiz auch Finanzdaten über Liechtensteinische Stiftun-

gen und stiftungsähnliche Organisationen erhält. Ansonsten verweisen wir auf die oben genannte Stellungnahme und haben dieser in Bezug auf die Einführung des AIA mit 20 zusätzlichen Staaten und Territorien ab 2018/2019 nichts weiter beizufügen.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir bestens.

Freundliche Grüsse



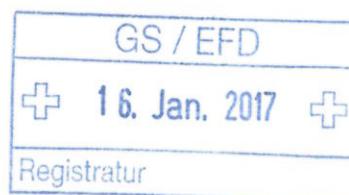
Rosmarie Widmer Gysel

Regierungsratspräsidentin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern



→ SIF

Herisau, 13. Januar 2017

Eidg. Vernehmlassung; Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzel Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 16. November 2016 das Eidg. Finanzdepartement beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des AIA mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 durchzuführen.

Der Regierungsrat hat sich anlässlich der Vernehmlassung des Bundes zum AIA-Gesetz im Januar 2015 bereits grundsätzlich zur Einführung des automatischen Informationsaustausches im Rahmen der OECD geäussert.

Der Regierungsrat verzichtet daher auf eine Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 17. März 2017 / ssc

Eidg. Vernehmlassung; Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 hat das Eidgenössische Finanzdepartement die Kantonsregierungen eingeladen, sich zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat hat sich anlässlich der Vernehmlassung des Bundes zum AIA-Gesetz im Januar 2015 bereits grundsätzlich zur Einführung des automatischen Informationsaustausches im Rahmen der OECD geäußert.

Die Einführung des AIA mit zusätzlichen Staaten und Territorien, die von der Schweiz bisher für die Einführung des AIA nicht erfasst wurden, dient dem Zweck, dem internationalen Standard gerecht zu werden und die Risiken für den Schweizer Finanzplatz zu verringern, indem dessen Wettbewerbsfähigkeit und Integrität gestärkt werden sollen. Damit sichergestellt ist, dass der globale AIA-Standard von allen betroffenen Staaten und Territorien einheitlich und korrekt angewendet wird, hat das der OECD angegliederte Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke (Global Forum) ein Verfahren entwickelt, mit dem der Stand der Verpflichtungen überwacht werden kann. Im Wesentlichen ist die steuerliche Zusammenarbeit durch Staatsverträge mit hohen Anforderungen an die Vertraulichkeit verbunden und die Verwendung von Steuerdaten eng umrissen. Sämtliche Staaten haben im Grundsatz spezifische Vorschriften im Bereich des Schutzes von Steuerdaten erlassen, da allgemein anerkannt ist, dass solche Daten einem besonderen Schutz unterstehen müssen.



Deshalb muss berücksichtigt werden, dass bei der Einführung des AIA über Finanzkonten und Steuerdaten mit weiteren Staaten und Territorien gemäss den vorliegenden Beschlüssen in der Beilage 2 der Datenschutz in den erwähnten Staaten sichergestellt ist und dies auch überprüft wird. Alle aufgeführten Staaten und Territorien – mit Ausnahme des Fürstentums Liechtenstein –, die keinen angemessenen Schutz gemäss der Liste des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) belegen können, müssen besonders überprüft werden.

Es darf nicht sein, dass das EFD eine Prüfung vornimmt, ob die Datenschutzbestimmungen den Anforderungen zur grenzüberschreitenden Übermittlung von Daten zum Zwecke des AIA hinreichend genügen.

Die Überprüfung ist zwingend durch den EDÖB vorzunehmen.

Der Regierungsrat nimmt im Weiteren befriedigt zur Kenntnis, dass mit dem Fürstentum Liechtenstein nun auch ein AIA vereinbart wird. Dies wird ermöglichen, dass weitere Steuerschlupflöcher gestopft werden können.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat
für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Appenzell, 19. Januar 2017

Genehmigung Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten; Serie Staaten und Territorien Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2016, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 ersuchen.

Die Standeskommission hat die unterbreiteten Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

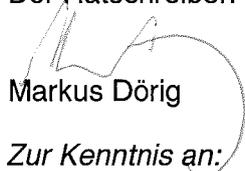
Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Chile, Israel, Neuseeland, Andorra, Färöer Inseln, Grönland, Monaco, San Marino, Bermuda, Britische Jungferninseln, Cayman Inseln, Turks und Caicos Inseln, Barbados, Mauritius, Seychellen und Uruguay entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen nachvollziehbar.

Abschliessend verweisen wir auf die Stellungnahme der Standeskommission vom 26. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten halten wir ausdrücklich fest.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Sekretariat, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern

Appenzell, 23. März 2017

Einführung automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien ab 2018/2019 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2016, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien ab 2018/2019 ersuchen.

Die Standeskommission hat die unterbreiteten Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit der Volksrepublik China, der Russischen Föderation, Saudi-Arabien, Indonesien, der Vereinigten Arabischen Emirate, dem Fürstentum Liechtenstein, Malaysia, Kolumbien, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und den Grenadinen, den Cookinseln und den Marshallinseln entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen zudem nachvollziehbar.

Abschliessend verweisen wir auf die Stellungnahme der Standeskommission vom 26. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten (bezüglich internationaler und innerstaatlicher Steueridentifikationsnummer, Verwertbarkeit der Daten für Steuerauskünfte an Drittbehörden, Möglichkeit von präzisierenden Rückfragen zu den vom Ausland gelieferten Daten, Verwertbarkeit der ans Ausland übermittelten Informationen in inländischen Veranlagungen und Aufbereitung der Daten für eine automatisierte Weiterverarbeitung in den Kantonen) halten wir ausdrücklich fest.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber-Stv.:



Michael Bühler

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Sekretariat, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 2. März 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 41 zusätzlichen Staaten und Territorien ab 2018/2019; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für Ihre Schreiben vom 1. Dezember 2016 und vom 2. Februar 2017 und die Gelegenheit, zu rubrizierter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Da beide Vorlagen darauf abzielen, das Netzwerk des automatischen Informationsaustauschs (AIA) der Schweiz zu erweitern, und beabsichtigt ist, diese später in einer Botschaft zusammenzuführen, erlauben wir uns, in einem Schreiben zu beiden Vorlagen Stellung zu nehmen.

Die vorgesehenen bilateralen Aktivierungen des AIA mit total 41 Staaten und Territorien erfüllen offenkundig die Kriterien und Rahmenbedingungen gemäss dem Verhandlungsmandat des Bundesrates. Die Bundesbeschlüsse verdienen daher Zustimmung. Ausdrücklich begrüsst wird insbesondere auch die geplante Einführung des AIA mit dem Fürstentum Liechtenstein. Damit wird dem Ansinnen des Fürstentums Liechtenstein, mit der Schweiz ein Abgeltungssteuerabkommen zu vereinbaren, eine Absage erteilt. Da das Kantonale Steueramt St.Gallen festgestellt hat, dass ein wesentlicher Anteil der im Rahmen von straflosen Selbstanzeigen offen gelegten, bisher un versteuerten Vermögen von liechtensteinischen Stiftungen und stiftungsähnlich ausgestalteten Organisationen stammt, wird gefordert, dass die Schweiz Finanzdaten von entsprechenden Organisationen erhält.

Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Kantonales Steueramt

Dr. Dave Siegrist
Vorsteher
Tellstrasse 67, Postfach
5001 Aarau
Telefon 062 835 25 31
dave.siegrist@ag.ch
www.ag.ch/steuern

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Aarau, 18. Januar 2017

Vernehmlassung zu den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Andorra, Argentinien, Barbados, Bermuda-Inseln, Brasilien, Britische Jungferninseln, Cayman Inseln, Chile, Färöer Inseln, Grönland, Indien, Israel, Mauritius, Mexiko, Monaco, Neuseeland, San Marino, Seychellen, Südafrika, Turks und Caicos Inseln und Uruguay

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 1. Dezember 2016 den Regierungsrat des Kantons Aargau zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit eingeladen, wofür wir uns bestens bedanken. Der Regierungsrat hat das Kantonale Steueramt ermächtigt, direkt eine Vernehmlassung einzureichen.

Der Kanton Aargau stimmt den Bundesbeschlüssen in rubrizierter Angelegenheit zu.

Freundliche Grüsse

Kantonales Steueramt



Dr. Dave Siegrist
Vorsteher

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Kantonales Steueramt

Dr. Dave Siegrist

Vorsteher

Tellistrasse 67, 5001 Aarau

062 835 25 37 (Sekretariat)

dave.siegrist@ag.ch

www.ag.ch/steuern

Staatssekretariat für internationale

Finanzfragen SIF

Bundesgasse 3

3003 Bern

Aarau, 13. April 2017

Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 2. Februar 2017 den Regierungsrat des Kantons Aargau zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit eingeladen, wofür wir uns bestens bedanken. Der Regierungsrat hat das Kantonale Steueramt ermächtigt, direkt eine Vernehmlassung einzureichen.

Der Kanton Aargau stimmt der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zu.

Freundliche Grüsse

Kantonales Steueramt



Dr. Dave Siegrist

Vorsteher

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Januar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum eingangs erwähnten Geschäft Stellung nehmen zu können, wovon wir gerne Gebrauch machen.

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen zudem nachvollziehbar.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäußerten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir ausdrücklich fest.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Maurer

Der Staatschreiber

Göppelbach



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 4. April 2017
340

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum eingangs erwähnten Geschäft Stellung nehmen zu können, wovon wir gerne Gebrauch machen.

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit zwanzig zusätzlichen Staaten entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen zudem nachvollziehbar.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäußerten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir ausdrücklich fest.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber





numero			Bellinzona
586	cl	1	14 febbraio 2017
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Egregio signor Consigliere federale
Ueli Maurer
Direttore del Dipartimento federale
delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica:
vernehmlassungen@estv.admin.ch*

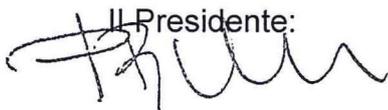
Procedura di consultazione concernente l'introduzione dello scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari con un'altra serie di Stati e territori a partire dal 2018/2019

Egregio signor Consigliere federale,

facciamo riferimento alla procedura di consultazione indicata a margine e la ringraziamo per averci interpellato. Il nostro Cantone, a questo stadio della procedura, non ritiene opportuno produrre delle osservazioni elaborate.

Vogliate gradire, egregio signor Consigliere federale, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO:

Il Presidente:

Paolo Beltraminelli

Il Cancelliere:

Arnaldo Coduri

Copia per conoscenza a:

Divisione delle contribuzioni, Residenza (dfc-dc@ti.ch)

Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)

Pubblicazione in internet

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : CS/15021636

Lausanne, le 8 mars 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'Etats et de territoires à partir de 2018/2019 : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du présent projet qui vise l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) avec une nouvelle série d'Etats et de territoires.

Il est important que la Suisse mette en place un réseau d'Etats partenaires avec ces pays du G20, de l'OCDE, ces pays européens ayant un lien avec l'UE ainsi que ces places financières.

Il est cependant regrettable, vu les liens étroits qui unissent la Suisse et la Principauté du Liechtenstein, que l'EAR n'ait pas encore été introduit avec cet Etat.

Nous vous remercions d'avoir consulté le Canton de Vaud sur ce projet et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER


Pierre-Yves Maillard


Vincent Grandjean

Courrier envoyé sous forme électronique à vernehmlassungen@sif.admin.ch

Copies

- OAE
- ACI

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par mail :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Réf. : CS/15021784

Lausanne, le 5 avril 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec des Etats et territoires supplémentaires de l'Accord EAR à partir de 2018/2019 : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du présent projet qui vise l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) avec des Etats et territoires supplémentaires.

Il est important que la Suisse mette en place un réseau d'Etats partenaires avec ces Etats du G20, ces partenaires économiques et commerciaux importants, ainsi que ces places financières.

Le projet prévoit notamment l'introduction de l'EAR avec la Principauté du Liechtenstein, ce qui est un élément positif, vu les liens étroits qui unissent la Suisse et ce pays.

Nous vous remercions d'avoir consulté le Canton de Vaud sur ce projet et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT



Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- ACI



2017.00742

→ SIF
↓
ABC

Monsieur
Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Date - 8 MARS 2017

Consultation fédérale : Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec des Etats et territoires supplémentaires de l'Accord EAR à partir de 2018/2019

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous faisons suite à votre lettre du 2 février 2017 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

A partir de 2018/2019, l'EAR sera activé avec une nouvelle série d'Etats et de territoires, vingt et un au total, par un arrêté fédéral spécial. La Suisse pourra ainsi mettre en œuvre l'EAR avec une grande majorité des pays du G20 et de l'OCDE, des pays ayant un lien avec l'UE ainsi que plusieurs places financières, ce qui contribuera à renforcer sa position au niveau international et à créer des conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale. Le Conseil d'Etat valaisan approuve donc ce projet.

Nous avons approuvé les projets de mandats de négociations du Conseil fédéral du 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Nous relevons dans le présent projet que les pays avec lesquels serait instauré l'EAR ont des régimes de régularisation du passé plus ou moins favorables aux contribuables ; cependant, les perspectives d'accès au marché des prestataires de services financiers se limitent à l'intention d'engager un jour des pourparlers avec les partenaires concernés.

Nous partageons l'avis du Conseil fédéral, selon lequel les pays membres du G20 et de l'OCDE avec lesquels l'EAR sera introduit correspondent au profil des Etats qui avait été esquissé dans les mandats de négociations. De même, la mise en œuvre de l'EAR avec certaines places financières sectorielles ou régionales s'impose spontanément, d'autant plus que la réciprocité en faveur de la Suisse ne sera que partielle.

Par ailleurs, rien ne nous permet de vérifier que les contrôles par le Forum mondial, par l'autorité fiscale américaine (IRS), par la Commission européenne et par le DFF seront aussi rigoureux concernant la confidentialité et la sécurité des données dans les Etats et les territoires qui recevront des informations de la Suisse que ceux qui avaient été appliqués lors de l'examen de la Suisse. Il ne reste qu'à espérer que les engagements pris en faveur de conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale seront respectés.

Ceci est d'autant plus important que les règles imposées à la Suisse ont eu pour conséquences que les informations reçues ne sont pas transmises aux autorités fiscales cantonales, ce qui accroît encore la charge de travail des autorités cantonales et minimise considérablement les avantages de l'EAR pour la Suisse.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente


Esther Waeber-Kalbermatten



Le chancelier


Philippe Spörri



Conseil d'Etat
Staatsrat

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

GS / EFD	
+	- 7. April 2017 +
Reg.-Nr.	



2017.01236

- 5 UF

Monsieur
Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Date - 5 AVR. 2017

Consultation fédérale : Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec des Etats et territoires supplémentaires de l'Accord EAR à partir de 2018/2019

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous faisons suite à votre lettre du 2 février 2017 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Le Gouvernement valaisan a toujours donné son accord de principe à la mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements avec d'autres Etats, sous réserve que ces derniers remplissent les exigences internationales s'agissant de la confidentialité en matière fiscale (protection des données et respect du principe de spécialité) et offrent à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation.

Le présent projet entend introduire l'échange automatique de renseignements avec des Etats dont le cadre juridique, administratif et technique concernant la confidentialité et la sécurité des données a été jugé satisfaisant par le panel d'experts du Forum mondial.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

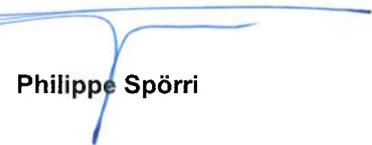
Au nom du Conseil d'Etat

La présidente


Esther Waeber-Kalbermatten



Le chancelier


Philippe Spörri





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'États et de territoires à partir de 2018/2019 ;

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 1^{er} décembre 2016 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la prise de position du canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Les arrêtés contenus dans la présente consultation constituent l'étape nécessaire pour une activation bilatérale de l'échange automatique de renseignements avec une nouvelle série d'États avec lesquels le Conseil fédéral souhaite introduire l'EAR.

En ce sens, le gouvernement neuchâtelois n'a pas de remarque à formuler et prend acte que le premier échange automatique avec ces États est prévu pour 2018/2019.

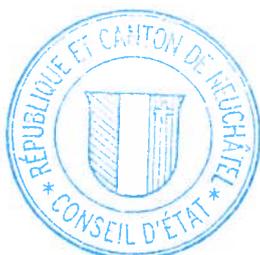
En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 8 mars 2017

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.-N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec des États et territoires supplémentaires de l'Accord EAR à partir de 2018-2019

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 2 février 2017 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

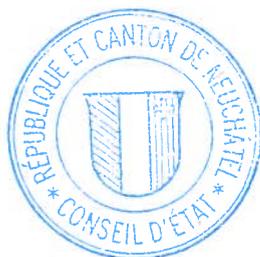
Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la prise de position du Canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Les arrêtés contenus dans la présente consultation constituent l'étape nécessaire pour une activation bilatérale de l'échange automatique de renseignements avec une nouvelle série d'États avec lesquels le Conseil fédéral souhaite introduire l'EAR.

En ce sens, le Gouvernement neuchâtelois n'a pas de remarque à formuler et prend acte que le premier échange automatique avec ces États est prévu pour 2018/2019.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 4 avril 2017



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.-N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND

NE



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 1^{er} mars 2017

GS / EFD
✚ - 2. März 2017 ✚
Reg.-Nr.

Le Conseil d'Etat

808-2017

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'Etats et de territoires à partir de 2018/2019 : ouverture de la procédure de consultation.

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par lettres adressées aux gouvernements cantonaux du 1^{er} décembre 2016, vous invitez ceux-ci à prendre position sur les projets d'arrêtés fédéraux mentionnés en titre.

A plusieurs occasions, le Conseil d'Etat a exprimé son soutien à la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive. Sur le principe, nous nous sommes prononcés favorablement sur les différents projets mis en consultation visant à ce que la Suisse respecte ses engagements d'adhérer aux normes internationales en matière d'échange de renseignements à des fins fiscales. Nous avons notamment approuvé la mise en œuvre de la Convention du Conseil de l'Europe et de l'OCDE concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale ainsi que le projet de mise en œuvre de l'échange automatique de renseignement (EAR).

Sur la liste des Etats et territoires qui font l'objet de cette consultation, nous n'avons pas de commentaires à formuler.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes.

Veillez croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


François Longchamp

→SIF



Genève, le 12 avril 2017

Le Conseil d'Etat

1673-2017

GS / EFD		
+	13. April 2017	+
Reg-Nr.		

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : Introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'Etats et de territoires à partir de 2018/2019 : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par lettres adressées aux gouvernements cantonaux du 2 février 2017, vous invitez ceux-ci à prendre position sur les projets d'arrêtés fédéraux mentionnés en titre.

A plusieurs occasions, le Conseil d'Etat a exprimé son soutien à la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive. Sur le principe, nous nous sommes prononcés favorablement sur les différents projets mis en consultation visant à ce que la Suisse respecte ses engagements d'adhérer aux normes internationales en matière d'échange de renseignements à des fins fiscales.

Pour la première fois, nous devons nous prononcer sur des Etats et des territoires qui, pour certains, ne remplissaient pas les conditions de la mise en œuvre de l'EAR, soit parce qu'ils ne disposaient pas des bases légales nécessaires, soit parce qu'ils ne remplissaient pas les normes de confidentialité et de protection des données.

Si nous comprenons la nécessité d'élargir la liste des Etats partenaires, notre Conseil est réservé sur le fait de devoir se prononcer dans ces circonstances. Notre accord est donc conditionné à l'usage du droit par la Suisse de suspendre les accords sur l'EAR conclus avec des pays qui au moment du premier échange de données ne respecteraient pas les critères de l'OCDE.

D'autre part, nous avons pris bonne note que les Etats qui ne remplissent pas les exigences de confidentialité et de sécurité des données définies par le Forum mondial, appliqueront l'EAR de manière non réciproque, c'est-à-dire qu'ils devront transmettre des données à la Suisse mais n'en recevront pas tant que le Forum mondial n'a pas avalisé les améliorations exigées.

Sur la liste des Etats et territoires qui font l'objet de cette consultation, nous n'avons pas d'autres commentaires à formuler.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes.

Veillez croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

**CONFERENCE DES
DIRECTRICES ET DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Monsieur le Conseiller fédéral
Conseiller fédéral
Chef du DFF
3003 Berne

Berne, le 27 janvier 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec une nouvelle série d'États et de territoires à partir de 2018/2019.
Réponse à la consultation.

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous faisons suite à votre courrier du 1^{er} décembre 2016, par lequel vous avez ouvert la procédure de consultation sur l'objet cité en marge. À partir de 2018/2019, l'EAR sera activé avec une nouvelle série d'États et de territoires, 21 au total, par un arrêté fédéral spécial : « La Suisse pourra ainsi mettre en œuvre l'EAR avec une grande majorité des pays du G20 et de l'OCDE, des pays européens ayant un lien avec l'UE ainsi que plusieurs places financières, ce qui contribuera à renforcer sa position au niveau international et à créer des conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale. » Le 27 janvier 2017, l'Assemblée plénière CDF a examiné le projet. Sa position est la suivante :

Nous approuvons le projet et nous attendons que l'EAR avec la Principauté de Liechtenstein soit introduit dans les plus brefs délais. Il convient d'éviter la conclusion d'un accord anonyme sur l'impôt libérateur. On veillera par ailleurs à ce que la Suisse obtienne des données sur les finances de fondations liechtensteinoises et d'organisations présentant une structure identique.

Notre conférence et la Conférence des gouvernements cantonaux ont approuvé respectivement le 27 août 2014 et le 26 septembre 2014 les projets de mandats de négociations du Conseil fédéral du 8 octobre 2014 en vue d'introduire l'EAR. Nous relevons dans le présent projet que les pays avec lesquels serait instauré l'EAR ont des régimes de régularisation du passé, plus ou moins favorables aux contribuables ; cependant, les perspectives d'accès au marché des prestataires de services financiers se limitent à l'intention d'engager un jour des pourparlers avec les partenaires concernés.

Nous partageons l'avis du Conseil fédéral, selon lequel les pays membres du G20 et de l'OCDE avec lesquels l'EAR sera introduit correspondent au profil des États qui avait été esquissé dans les mandats de négociation. De même, la mise en œuvre de l'EAR avec certaines places financières sectorielles ou régionales s'impose spontanément, d'autant plus que la réciprocité en faveur de la Suisse ne sera que partielle.

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
T +41 31 320 16 30 / F +41 31 320 16 33 www.fdk-cdf.ch

L'assertion figurant à la p. 3 du rapport explicatif « L'instauration de l'EAR avec Andorre (...) permettra à la Suisse d'étendre à l'ensemble de l'Espace économique européen son réseau des États partenaires » est erronée, puisque le Liechtenstein n'est pas mentionné. Étant donné les liens étroits qui l'unissent à la Suisse, il s'agit d'une grave erreur qu'il faudra corriger au plus vite. Avec la déclaration spontanée, le canton de St-Gall a constaté qu'en 2016, 42,5 % de la fortune soustraite de l'impôt provenait de la Principauté de Liechtenstein et 17,8 % de fondations liechtensteinoises et d'organisations présentant une structure semblable.

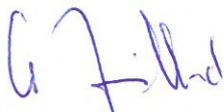
Par ailleurs, rien ne nous permet de vérifier que les contrôles par le Forum mondial, par l'autorité fiscale américaine (IRS), par la Commission européenne et par le DFF seront aussi rigoureux concernant la confidentialité et la sécurité des données dans les États et les territoires qui recevront des informations de la Suisse que ceux qui avaient été appliqués lors de l'examen de la Suisse. Il ne reste qu'à espérer que les engagements pris en faveur de conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale seront respectés. Ceci est d'autant plus important que les règles imposées à la Suisse ont eu pour conséquence que les informations reçues ne sont pas transmises aux autorités fiscales cantonales – par dérogation à l'art. 21 al. 1 LEAR –, sauf par procédure d'appel (Art. 32 al. 3 OEAR), ce qui accroît encore la charge de travail des autorités cantonales et minimise considérablement les avantages de l'EAR pour la Suisse.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur le sujet.

Veillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

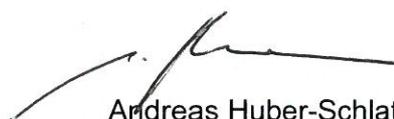
CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DES DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES

Le président :



Charles Juillard

Le secrétaire :



Andreas Huber-Schlatter

En copie (courriel) :

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Membres CDF
- Membres CSI
- Secrétariat CdC

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
3003 Bern

Bern, 27. Januar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019. Vernehmlassungsstellungnahme.

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihren Brief vom 1. Dezember 2016, womit Sie die Vernehmlassung zu randvermerkttem Geschäft eröffneten. Mittels eines spezifischen Bundesbeschlusses soll der AIA mit einer weiteren Serie von insgesamt 21 Staaten und Territorien ab 2018/2019 aktiviert werden: "Damit kann der AIA mit einem Grossteil der G20- und OECD-Staaten, weiteren europäischen Staaten mit einem Bezug zur EU sowie diversen Finanzplätzen umgesetzt werden, was dazu beitragen wird, die Position der Schweiz auf internationaler Ebene zu stärken und ein globales *Level Playing Field* zu schaffen." Die Plenarversammlung der FDK befasste sich am 27. Januar 2017 mit der Vorlage und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Wir stimmen der Vorlage grundsätzlich zu und erwarten, dass so rasch als möglich der AIA mit dem Fürstentum Liechtenstein eingeführt wird. Zu vermeiden ist der Abschluss eines anonymen Abgeltungssteuerabkommens. Ausserdem ist dafür zu sorgen, dass die Schweiz Finanzdaten über Liechtensteinische Stiftungen und stiftungsähnlich ausgestaltete Organisationen erhält.

Unsere Konferenz sowie die Konferenz der Kantonsregierungen stimmten am 27. August 2014 bzw. 26. September 2014 den Entwürfen für die vom Bundesrat am 8. Oktober 2014 verabschiedeten Mandate für Verhandlungen über die Aufnahme des AIA zu. Auch bei der vorliegenden Serie zur Einführung des AIA ist festzustellen, dass die Regelungen zur Regularisierung der Vergangenheit für die Steuerpflichtigen unterschiedlich günstig sind und die Perspektiven für den Marktzutritt für Finanzdienstleister auf die Absicht zu künftigen Dialogen mit den relevanten Partnern beschränkt sind.

Wir teilen die Auffassung des Bundesrats, wonach die Aufnahme des AIA mit den vorgeschlagenen G-20 und OECD Staaten dem Profil der Staaten entspricht, welches in den Verhandlungsmandaten skizziert worden ist. Ebenso leuchtet die Umsetzung des AIA mit wichtigen sektoriellen oder regionalen Finanzplätzen ein, zumal sie teilweise zugunsten der Schweiz nicht reziprok sein wird.

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
T +41 31 320 16 30 / F +41 31 320 16 33 www.fdk-cdf.ch

170127 AIA-Aktivierungen2 Stn FDKPV DEF_D.docx

Die Aussage auf S. 3 des erläuternden Berichts "Die Einführung des AIA mit Andorra (...) ermöglicht es der Schweiz, ihr Netz von AIA-Partnern auf den gesamten europäischen Wirtschaftsraum auszudehnen" trifft nicht zu: das Fürstentum Liechtenstein fehlt. Angesichts der einmalig engen Beziehungen und Nähe des Fürstentums Liechtensteins zur Schweiz handelt es sich dabei um eine bedeutende Lücke, die rasch zu schliessen ist. Der Kanton St. Gallen stellte im Zusammenhang mit der straflosen Selbstanzeige fest, dass 2016 42.5 Prozent der hinterzogenen Vermögen aus dem Fürstentum Liechtenstein und 17.8 Prozent von Liechtensteinischen Stiftungen und stiftungsähnlich ausgestalteten Organisationen stammen

Schliesslich ist es für uns nicht überprüfbar, ob das Global Forum, die amerikanische Steuerbehörde (IRS), die EU-Kommission und/oder das EFD die Vertraulichkeit und Datensicherheit in den Staaten und Territorien, welche aus der Schweiz Informationen erhalten werden, mit den gleich strengen Massstäben geprüft haben, welche bei der Prüfung der Schweiz angelegt worden waren. Wir müssen darauf vertrauen, dass das *Level Playing Field* diesbezüglich eingehalten wird. Dies ist umso wichtiger, als die der Schweiz auferlegten Massstäbe dazu führten, dass die erhaltenen Informationen in Abweichung von Art. 21 Abs. 1 AIAG den kantonalen Steuerbehörden nicht weitergeleitet werden, sondern lediglich im Abrufverfahren zugänglich gemacht werden (Art. 32 Abs. 3 AIAV). Das erhöht die Aufwände der kantonalen Steuerbehörden zusätzlich und mindert den Nutzen des AIA für die Schweiz erheblich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie (Mail)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK
- Sekretariat KdK